

Weg damit

Gemeinsam mit der Industrie will das Bundesgesundheitsamt einen wirksamen Schutz des Trinkwassers vor Giften verhindern.

In Unkel am Rhein werden Babys von den Ämtern wegen mit Mineralwasser versorgt. Das örtliche Leitungswasser verkraftet die Kleinen nicht mehr.

Einige Kilometer weiter stromab, in Bad Godesberg, muß das aus dem Rhein gewonnene angebliche Trinkwasser mit Zuflüssen aus Talsperren gemischt werden, damit es genießbar ist.

Lokale Einzelfälle, aber sie mehren sich. Trinkwasser wird knapp, weil Flüsse und Seen zu schmutzig sind. Zum traditionellen Dreck und Gift - Salze, Nitrat und Schwermetallreste beiläufigerweise - kommen immer mehr hochwirksame Pflanzenschutzmittel.

Der Rhein, in anderen Flüssen sieht's so ähnlich aus, führt pro Sekunde: 190 Milligramm (mg) Simazin, 640 mg Atrazin, 43 mg Propazin, 151 mg Terbutylazin, 20 mg Cyanazin, 759 mg Metolachlor, 872 mg Metazachlor ...

Nach den Flüssen wird jetzt das Grundwasser ruiniert, das zwei Drittel allen Trinkwassers liefert. "Mit wachsender Sorge" beklagen die deutschen Wasserwerke in ihrem Jahresbericht "die ansteigenden Belastungen des Grundwassers durch Nitrat und Pflanzenschutzmittel". Der Berliner Wissenschaftler

Hans-Peter Lühr warnt: "Der chemische Zoo", Millionen von Einzelstoffen, die sich zu Millionen weiterer, völlig unbekannter Stoffe zusammenbinden. "ist in zunehmendem Maße auch im Grundwasser anzutreffen."

Industrie und Landwirtschaft giften ungeniert weiter, Gesetzgeber und Behörden zögern, so beklagt sich die Wasserwirtschaft, und das Bundesgesundheitsamt in Berlin (BGA), eigentlich beauftragt, die Pharmazesse zu verhindern, helfe der Chemielobby nach Kräften. Tatsächlich hätte das, was die Berliner Gesundheitsbeamten jetzt ihrer Chefin, Gesundheitsministerin Rita Süßmuth, vorlegten, die Industrie nicht besser schreiben können. Das kommt daher, weil sie bei der Formulierung behilflich war.

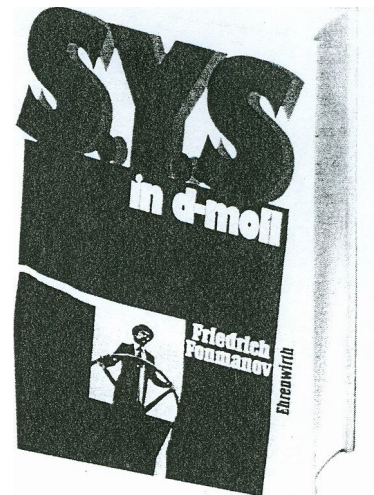
Anfang September versuchte eine Abordnung der deutschen Wasserwerke den Pflanzenschutzherstellern den Ernst der Lage vorzuführen. An der Stevertalsperre, in Haltern, am Nordrand des Reviers, forderte Peter Scherer, Vorstandsmitglied des zuständigen Versorgungsbetriebes Gelsenwasser, die Pharmafirmen auf, Atrazin sofort aus dem Markt zu nehmen.

Die Chemikalie, ein hochwirksamer, billiger Unkrautvernichter, wird vor allem von Maispflanzern und Gemüsebauern reichlich eingesetzt. Anders als noch vor Jahren angenommen, zersetzt sich das Gift keineswegs in wenigen Wochen, sondern hält sich wenigstens zehn Monate im Boden. Mit den Bächen und Grundwasserströmungen fließt es in die Trinkwasserreservoirs.

Der Haltemer Stausee ist, das belegen Messungen seit Ende 1985, hochgradig von Atrazin verseucht. Das Trinkwasser, das hier für fast 1,5 Millionen Menschen gefördert wird, ebenso.

Atrazin ist keine Ruhrspezialität: Etwa 5000 Trinkwasserbrunnen in der Republik - so die Untersuchungsbefunde der Versorgungsunternehmen - sind damit durchsetzt und durchseucht. Daneben finden die Analytiker weitere 50 verschiedene Wirkstoffe.

In der Theorie ist das Problem in Bälde gelöst: Ein Gesetz verbietet Pflanzenschutzmittelreste im Trinkwasser vom Herbst 1989 an. Im vergangenen Jahr, nach Tschernobyl-Katastrophe und Waldschadensmeldungen, suchte die konservativ-liberale Koalition in Bonn Themen, mit denen sie sich rechtzeitig zur Bundestagswahl als ökologisch wachsam und kompetent profilieren konnte. Sie erinnerte sich



14 Milliarden Dollar aus dem Verkauf von 1000 Tonnen Nazi-Gold finanzieren weltweit den Neofaschismus. Herkunft und Hintergründe enthüllt dieser hochbrisante Schlüsselroman.

Roman. 640 Seiten. Geb. DM 39,80.

Ehrenwirth

WIR WUNSCHEN IHNEN EINE GUTE NACHT.

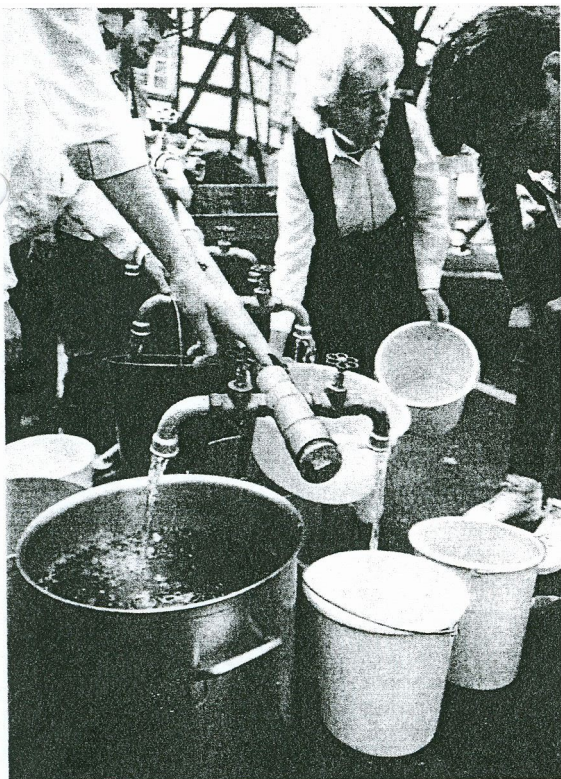
Ein Knacken, ein Schmen, der vorbeihuscht, und er ist hellwach, Ganz ruhig macht er sich ein Bild von eier Situation, Und auf Knopfdruck ist er sozusagen ein perfekter Zeuge: P[er]fekte Klar und deutlich liefert der Sensor-Video-Recorder HS-8010E von Mitsubishi wertvolle Hinweise,

Zusammen mit einer TV-Kamera, mit einem optischen oder akustischen Bewegungsmelder isriereine voll funktionseihige Überwachungsanlage, Ein leistungsfähiges Überwachungssystem bringt er auf den neuesten Stand, Stecker in den Sensor-Eingang, richtig,

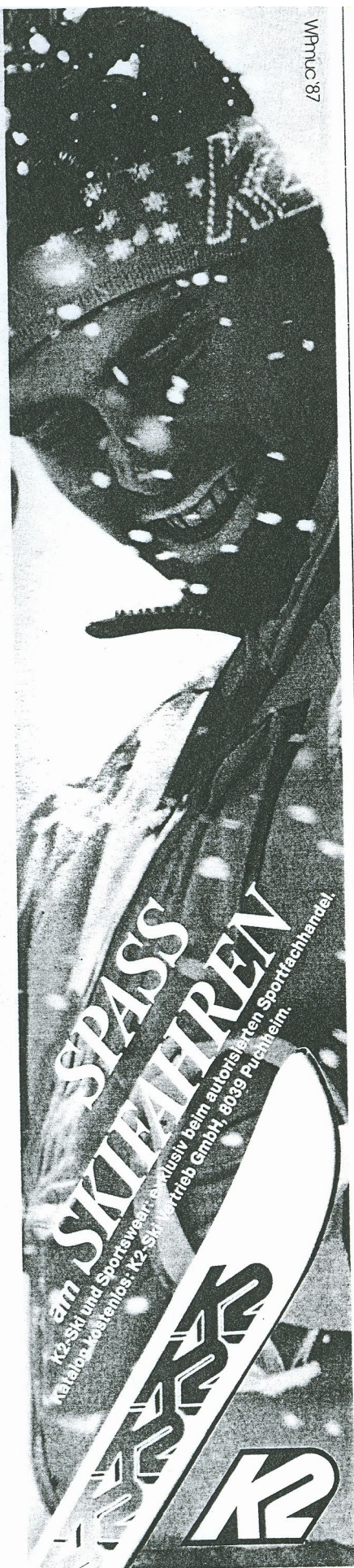
So perfekt er: luf unbewachte Computerräume: luf Schalterhallen in eier Nacht unel auf große Warenlager auf. Selbstverständlich auch auf Ihre private Sammlung zu Hause Der HS-8010E hat einen Verkaufspreis von DM 3490,-

EISEX

V.i.k.u. v'enrich, GmHh
lei-jot) Re-cnsblrg. Hokr Strak (.
Teld) f1:llh! 6-)0~7



Wassernotstand in Unkel 1986
"Zeitlich befristete Ausnahmen"



einer seit sieben Jahren in den Amtsschubladen ruhenden EG-Richtlinie 80/778 über "Wasser für den menschlichen Verbrauch" und übernahm die Brüsseler Regeln ins deutsche Recht, in eine neu gefaßte Trinkwasserverordnung. Sie schreibt vor, daß im Trinkwasser prinzipiell nichts mehr sein darf, was dort nicht reingehört, schon gar nicht Pflanzengift.

Der neue Grenzwert ist deshalb ein Extremwert, nämlich die kleinste im Labor meßbare Menge: 0,0001 mg eines einzelnen Wirkstoffes je Liter Trinkwasser, 0,0005 mg für alle Pflanzenschutzmittel zusammen. Faktisch bedeutet das: null.

Bonn setzte die strengen Grenzwerte aus Brüssel allerdings bis zum Oktober 1989 aus, wie es hieß, um Zeit für einfache und billige Analysemethoden zu gewinnen - tatsächlich, um nicht Tausende von Trinkwasserreservoirs schließen zu müssen, in denen bis zu 17mal mehr Herbizide oder Fungizide gefunden werden als erlaubt. Gegen diese Schonfrist für die Wasserverschmutzung zog die EG-Kommission in diesem Sommer vor den Europäischen Gerichtshof und zitiert die Bonner Regierung der Untätigkeit.

Richtiger wäre wohl der Vorwurf der Parteilichkeit. Denn die Regierung hört gern auf die Einflüsterungen der chemischen Industrie, die mit Pressekonferenzen und Gutachten Politiker und Wissenschaftler zu beeinflussen sucht. Im Bundesgesundheitsamt sind die Chemiefirmen ihrem Ziel schon ganz nahe gekommen.

Die Behörde hat zur Chemieunft seit langem das beste Verhältnis. Immer mal wieder darf ein Gesundheitsbeamter auf einen hochbezahlten Pharmajob wechseln. Ein Mitarbeiter von Ciba-Geigy, Günter Lewandowski, war von 1981 bis 1985 BGA-Vize. Sein Chef Kar! überläßte ihm jahrelang einem Unternehmen, das Forschungsaufträge für die Industrie erledigte.

Im letzten Herbst vereinbarten die Pflanzengift-Hersteller und ihre Kontrollbehörde, "einander über den jeweiligen Wissensstand (zu) unterrichten" und, mehr noch, die Gesetze im Teamwork zu erarbeiten: "In gegenseitiger Abstimmung sollte versucht werden, eine von allen Beteiligten akzeptierbare Regelung zu formulieren."

Als Gesundheitsamt-Direktor Wolfgang Lingk hörte, das Umweltbundesamt wolle atrazinhaltigen Mitteln die in diesem Monat fällige Verlängerung der Zulassung verweigern, giftete er einen der lästigen Umweltbeamten barsch an, ob der denn überhaupt wisse, um was es gehe. Lingk: "Es geht um 100 Milliarden."

Für die großen Chemiekonzerne steht mehr auf dem Spiel als allein die 30 000 Tonnen Pflanzenbehandlungsmittel, die deutsche Bauern und Gärtner auf Äcker und Wiesen sprühen oder streuen. Wei-

tere 130 000 Tonnen werden pro Jahr auf den Weltmärkten verkauft. Dabei gilt: Ein Mittel, das hierzulande verboten wird, hat auch im Export keine Chance mehr. Darum kämpfen die Pharmakultis um jeden Wirkstoff.

Zunächst wollen sie offensichtlich Zeit gewinnen. Gelingt es ihnen, bis 1989 Anwendungs- oder Herstellungsverbote zu blockieren, werden ihnen andere unfreiwillig die Arbeit abnehmen: die Wasserwerke.

Nur, wenn schon jetzt gefährliche Pflanzenschutzmittel aus dem Verkehr gezogen würden, sind, so die Wasserverkäufer, die künftigen Grenzwerte von 1989 an einzuhalten. Andernfalls, prophezeit ein Sprecher der Wasserwirtschaft, werden "wir Wasserwerker dann schreien müssen, die Grenzwerte sind



Wasserexperte Lühr
"Chemischer Zoo im Grundwasser"

nicht zu halten. Gesetzgeber, bitte weg damit. Und die Pharmafirmen lachen sich ins Fäustchen!"

Zugleich bemüht sich die Agrarchemie-lobby, die chemische Nulllösung zu kippen. "Nicht das Trinkwasser ist 'gefährlicher' geworden", so eine Propagandabroschüre des Industrieverbandes Pflanzenschutz (IPS). "sondern ein untauglicher Grenzwert in einer Richtlinie hat eine gegebene Situation ungerechtfertigterweise dramatisiert."

Erste Erfolge kann die IPS-Aktion vermelden. Einige Koalitionspolitiker versuchen, Umweltschutzforderungen wieder abzuräumen, denen sie im vergangenen Jahr noch Priorität zusprachen. Zwar seien "gemessen an der Trinkwasserverordnung heute zuviel Pflanzenschutzmittelrückstände im Trinkwasser", argumentierte CDU-Bauer Hermann Kroll-Schlüter im Bundestag, aber es stehe doch "unzweifelhaft fest", daß die "festgestellten Verun-



Ausgabe von Tüten-Trinkwasser"
"Die Pharmafirmen lachen"

reinigungen gesundheitlich völlig unbedenklich sind".

"Grenzwertüberschreitungen sind kein gesundheitliches Risiko", das weiß auch der Parlamentarische Staatssekretär im Umweltministerium, Martin Grüner (FDP), ganz genau, "solange sie zeitlich begrenzt sind." Bis zur Position der Industrie, die den „übersichtigen Grenzwert" (IPS) ganz streichen will, ist es da nicht mehr weit.

Die Zukunft des Wassers wird sich in den nächsten Wochen erweisen, wenn um die Chemikalien Atrazin und Simazin entschieden wird. Diese Stoffe sofort zu verbieten fordern Ökologen und Wasserwerke. Dafür plädieren ebenso die Beamten in Klaus Töpfers Umweltministerium, und auch die Fachleute im Berliner Umweltbundesamt wollen hart bleiben.

Doch die um den Umsatz besorgten Firmen wollen mit großzügigen Ausnahmeregelungen, weil "gesundheitliche Gefahren" sowieso nicht bestünden (IPS), auch nach 1989 noch hohe Gift Dosen zulassen; und wieder einmal ist das Bundesgesundheitsamt auf der falschen Seite.

Bei der entscheidenden Atrazin-Ausnahmelösung hilft das Berliner Bundesgesundheitsamt nach Kräften. Schon im Herbst vorigen Jahres traf sich eine illustre Runde im Institut des BGA: Gesundheitsbeamte, Wissenschaftler, Vertreter der Firmen Schering AG, Ciba-Geigy und des IPS. Ziel des Treffens, laut Besprechungsvermerk des Bundesgesundheitsamtes: die "heute vorliegenden Kenntnisse über Atrazin in eine Empfehlung für Ausnahmeregelungen bereits eingetretener Schadensfälle einfließen zu lassen".

• In Grantschen bei Weinsberg.

Einig waren sich Behörde und Industrie schnell, daß "zeitlich befristete Ausnahmeregelungen ohne gesundheitliche Risiken der versorgten Bevölkerung" möglich seien. Und weil es so gut lief, vereinbarte die gemischte Gesellschaft, den "Konzeptionsentwurf für die vorgesehenen Empfehlungen der Trinkwasserkommission" gemeinsam zu erarbeiten.

Was das Berliner Amt dem Bonner Gesundheitsministerium danach ernst gemeint als Entwurf vorlegte, ähnelt dem Palmström-Prinzip, daß nicht sein kann, was nicht sein darf: In Ausnahmefällen wird der zulässige Grenzwert einfach um das 75fache oder um das loofache heraufgesetzt. Ausnahmen sind all jene Fälle, in denen der Giftstoff trotz gesetzlichen Verbots im Trinkwasser auftaucht.

Erst danach, wenn noch mehr Atrazin im Wasser gefunden wird, sei der Bevölkerung der "Hinweis" zu geben, "daß das verteilte Wasser nicht als Trinkwasser verwendbar ist". Ferner schlugen die gründlichen Beamten vor, in jenen Extremfällen Aufkleber mit dem Hinweis "Kein Trinkwasser" an den Zapfhähnen anzubringen.

Noch hat das Bonner Kabinett der Linie von Industrie und BGA nicht zugestimmt, wonach künftig alles erlaubt wäre, was "toxikologisch" zu vertreten ist. Mehr als 300 Wirkstoffe werden derzeit in rund 1800 zugelassenen Pflanzenschutzmitteln kombiniert. Nur 100 davon können im Wasser aufgespürt, nur zehn bis 20 Wirkstoffe im Grenzbereich analysiert werden. Ob und welche dem Menschen Schaden zufügen, zeigt sich oft erst nach jahrelangem Einsatz.

Eine Studie des Pflanzenschutzmittel-experten im Bundesgesundheitsamt, Hermann Dieter, läßt die Probleme erahnen: Das Mittel Alachlor sei erst jetzt als krebserzeugend erkannt worden; Propanil, stets als völlig ungefährlich eingeschätzt, vereinige sich im Boden mit anderen Stoffen zu einer hochgiftigen Substanz; Captafol sei - weil nicht bedrohlich - einst zugelassen worden, habe sich erst später in Tierversuchen als krebserregend erwiesen. Auch für Atrazin bestehe neuerdings ein schwacher Krebsverdacht.

Generell, so das Fazit der Studie, sei nur der Nahe-Null-Wert der EG-Richtlinie zu verantworten. Denn die Ackergifte bildeten in Boden und Wasser ständig neue Verbindungen, "deren toxikologisches Potential auf absehbare Zeit, wenn überhaupt, nur unvollständig abgeschätzt werden kann". Weil diese Expertise nicht in den Trend des Bundesgesundheitsamtes paßt, wurde sie nicht veröffentlicht.

Alles nicht so schlimm, verkündet denn auch die Pflanzenschutzlobby in ihrem Propagandamaterial: Wasser sei doch schon immer "im Grunde eine stark verdünnte Lösung von anorganischen und organischen Verbindungen" gewesen.

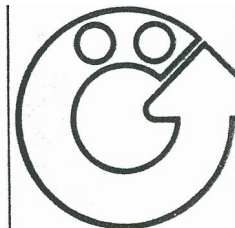
Herausgeber und
Verleger: Deutsche
Postreklame GmbH
-Fefnsprechbuch-Ve
Heinz Meier GmbH
Rolandstr.7-11
.6400 Junkersbrunn

Notruf
110_
Feuerwehr
112

fa

91

A



nen darauf werden. Im öffentlichen Bewußtsein sind die Rollen klar: Die Politiker allein sind die Bösewichte - die Spender aber gelten als Wohltäter, die als "Sündenbock für die Fehler" (von Brauchitsch) anderer herhalten müssen. So sieht es vor allem der frühere Bosch-Chef Hans L. Merkle, der den Politikern vorwirft, die Spender "im Regen stehenzulassen" und der Kriminalisierung auszusetzen: "Handeln ohne Moral".

Die Wahrheit ist nicht so schwarzweiß: Manche Unternehmer haben noch auf steuersparenden Quittungen bestanden, als die Ermittlungen schon liefen. Auch diente die SV der Industrie lange Zeit als Steuerungsanlage, um Sozis von der Macht fernzuhalten. Und einer wie Merkle war eine zentrale Figur, ohne ihn lief bei der SV nichts - er lenkte die Geldströme. Merkle ist als Zeuge vorgeesehen, aber da wird nicht viel rumkommen. Alle wissen zuviel übereinander.

Kiep wie Lühje haben versucht, dem Verfahren doch noch zu entweichen. Kiep stellte einen Verjährungsantrag - ohne Erfolg. Lühje bemüht die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg wegen überlanger Verfahrensdauer - die Aussichten sind nicht gut.

Um wenigstens den materiellen Schaden im wichtigen Wahljahr zu begrenzen, hat der CDU-Chef für Lühje und Kiep interimistisch einen Vertreter ausgespuckt: Der Frankfurter Wirtschaftsprüfer Horst Weyrauch, mit den Finanzen der Union bestens vertraut, soll die Spender bei Laune halten, solange die beiden Geldeintreiber durch ihren Prozeß blockiert sind.

Giftmüll

Chemischer Zoo

Die erste umfassende Sanierung einer Chemiedeponie, von Umweltpolitikern als vorbildlich gepriesen, erweist sich als Flop.

Erst stemmten Arbeiter die Betonplatten auf, mit denen die Grube vor zehn Jahren verschlossen worden war, dann fraßen sich Bagger in den Untergrund. Von deren Schaufeln nahmen Chemiker ab und zu Proben ab, beäugten und berochen die Substanz. Ihr Urteil: "Der Stoff darf auf die Hausmülldeponie ...

Knapp 10 000 Lastwagen wurden bis vor drei Jahren in Kriftel bei Frankfurt mit den Chemieabfällen aus einer längst geschlossenen Abfallkippe des Chemiegiganten Hoechst AG beladen. 117 000 Tonnen des Altmülls, wie mit den Be-

hörden vereinbart, landeten auf der städtischen Hausmüll-Deponie in Buchschlag vor den Toren Frankfurts.

Doch die "erste gelungene Altlastensanierung im großen Stil", wie das hessische Umweltministerium seinerzeit rühmte, entpuppt sich als Flop. Wo die Hoehster Altlasten abgekippt wurden, muß nun erneut saniert werden: In dem Chemiemüll wurden erhebliche Mengen des Giftes Dioxin entdeckt. Die Darmstädter Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Behörden, Politiker und Industrie wegen illegaler Abfallbeseitigung.

Millionensummen stecken Uinder und Kommunen derzeit in die bundesweite Kartierung von Altlasten der Industrie wie in die Entwicklung neuer Sanierungsmodelle. Doch welcher "chemi-

ponie zu Sonderkonditionen nutzen - für ein Drittel des üblichen Preises. Die Kommune ließ sich zwar zusichern, daß nur "hausmüllähnliche Abfälle" auf die Müllkippe gebracht werden dürften. Doch das Verfahren zur Prüfung der Chemierückstände, von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt eigens entwickelt, erwies sich als untauglich.

Dabei las sich auf dem Papier recht beeindruckend, wie das Zeug auf Umwelttrisiken untersucht werden sollte: Nach einer "organoleptischen Prüfung" der Substanzen aus der Chemiekippe sollte ein „2-Stunden-Eluattest“ folgen, zudem mußten einzelne Proben einem „24-Stunden-Eluattest“ unterzogen werden. Die Auslagerung der Abfälle, so Hessens Umweltminister Karlheinz Wei-



Hausmüll-Deponie Buchschlag: „Es gibt kein ungiftiges Dioxin“

sche Zoo" (der Berliner Abfallforscher Hans-Peter Lühr) entsteht, wenn unterschiedliche Produktionsrückstände in eine neue Deponie umgelagert werden, läßt sich nicht vorhersagen.

Für Lühr ist die erste Umbettung von altem Chemiemüll in großem Stil ein Musterbeispiel dafür, wie es nicht gemacht werden darf: Die kommunale Deponie in Buchschlag ist gegen das Grundwasser genausowenig abgedichtet wie der alte Lagerplatz.

Daß die Chemierückstände dennoch dorthin gekarrt wurden, geht auf eine Absprache zwischen der damals CDU-geführten Frankfurter Stadtregierung und der Hoechst AG zurück. Der größte Arbeitgeber der Rhein-Main-Region war in Zugzwang geraten, weil durch die Altdeponie in Kriftel Grund- und Trinkwasser gefährdet wurden.

Die Kommune zeigte sich ungewöhnlich hilfsbereit: Die Hoechst AG durfte fortan die Buchschlager Hausmüll-De-

mar (CDU), sei "intensiv überwacht" worden.

Das pseudowissenschaftliche Wortgeklingel sollte darüber hinwegtäuschen, daß der Hoechst-Müll nur einigen Allergikern-Prüfungen unterzogen wurde. Hinter dem "organoleptischen Test" verbirgt sich nur die Suche nach stechenden Dämpfen und schillernden Farben - mittels Augen- und Geruchskontrolle. Beim Eluattest wird lediglich Abfall gewässert und in der Brühe nach Giftkonzentrationen gefahndet. Ein umstrittenes Verfahren, denn Sickerwasser, das später auf der Deponie entsteht, kann laut Lühr ganz anders zusammengesetzt sein.

Lühr, von Weimar als Gutachter berufen, erwies sich als schärfster Kritiker des Umweltministers. Das Prüfverfahren sei "prinzipiell ungeeignet", Giftstoffe von der Hausmüll-Deponie fernzuhalten, wenn in der Altlast "auch andere als die von der Firma Hoechst AG

deklarierten Abfälle" lagern. Genau das war der Fall.

Hochst-offiziell schlummerten in der Altdeponie nur harmlose Stoffe wie "Bauschutt" oder "Flugasche". Doch schon bald nach Beginn der Umlagerung wurden, so ein interner Vermerk des hessischen Umweltministeriums, auf der Hausmüll-Deponie "erhebliche Überschreitungen" von allen möglichen Grenzwerten entdeckt.

Die Ablagerung solcher Stoffe auf der Hausmüll-Deponie, nach dem Abfallgesetz verboten, wurde im Nachgang von den hessischen Behörden ebenso genehmigt wie der Abtransport mancher anderen "Überraschung" (Lühr), die der Chemiekonzern nicht offengelegt hatte.

Aus der vermeintlichen Mustersanierung war eine neue Altlast entstanden. Das erwies sich vollends, als die Staatsanwaltschaft die Hoehster Ablagerungen in Buchschlaganbohren ließ und das Tausensteiner Fresenius-Institut auf Dioxine und Furanestieß-beides Gifte, die Krebs auslösen können.

Umweltminister Weimar verhandelte die Gefahr: Bei den Funden handele es sich um Dioxin-Abarten, nicht um das supergiftige "Seveso-Dioxin". Das Dannstädter Öko-Institut konterte: "Es gibt kein ungiftiges Dioxin."

Derweil stellen Beamte in Weimars Ministerium längst Planspiele an, wohin das Giftzeug geschafft werden könnte, wenn es denn aus der Hausmüll-Deponie wieder ausgebagert werden muß. "Die Menge ist so riesig", sagt ein Umweltkontrolleur, "uns fällt dazu nichts ein."

Hilfe kommt vielleicht vom neuen Frankfurter Umweltdezernenten, dem Grünen Tom Koenigs. Der will eine neue Hausmüll-Deponie im Frankfurter Stadtwald errichten - Verunreinigungen durch den Hoehster Müll wären dort nicht mehr meßbar: Der Untergrund ist bereits verseucht. Dort betrieb, bis vor 20 Jahren, die Stadt Frankfurt schon einmal eine Mülldeponie.

~mlll Spielbanken ~

Schicker Standort

In Ost-Berlin eröffnet das erste staatlich lizenzierte Spielkasino der DDR - pünktlich zur Währungsunion.

Karl-Heinz Bringer, 45, ein altgedienter DDR-Hotelfachmann, hielt sein Land schon lange für rückständig. Über ein Jahrzehnt, erinnert sich Bringer, zuletzt Erster stellvertretender Direktor des Ost-Berliner Devisen-Gasthofs "Metropol", hätten die



Kasino-Direktor Bringer: Rechtzeitig die Pfründe gesichert

Manager der staatlichen Interhotel-Kette SED-Oberen in den Ohren gelegen.

Den vorwiegend westlichen Gästen ihrer Etablissements, hatten die Hoteliers gedrängt, müsse unbedingt ein kapitalistisches Amüsement geboten werden. Eine Spielbank, findet Bringer, "gehört einfach als Unterhaltungsleistung zu einem gehobenen Tourismus".

Doch mit dem Proletarier Erich Honecker war darüber nicht zu reden. Zwar pflegten die SED-Bonzen in den Gästehäusern der Regierung um hohe Beträge zu pokern. Aber das einzige Zugeständnis der sozialistischen Obrigkeit an den Spieltrieb des einfachen Volkes waren Lotto und Toto des VEB Vereinigte Wettspielbetriebe, wo die DDR-Bürger ihr Geld verzocken durften - jährlich mehr als eine Milliarde Ost-Mark.

Weder ließ sich der puritanische Kommunist Honecker von dem Argument umstimmen, daß die DDR neben Albanien und Rumänien das letzte spielbankfreie Reservat in Europa sei, noch von der Aussicht, Westler schröpfen zu können.

Nach Honeckers Entmachtung geht der langgehegte Wunsch der Interhoteliers endlich in Erfüllung. Vom Freitag dieser Woche an rollen im 37. Stock des Hotels "Stadt Berlin" am Alexanderplatz die Roulett-Kugeln, werden Karten für Bakkarat und Black Jack gemischt, scheppern die Münzen in Spielautomaten - Spielwährung ist, schon vor der Währungsunion, allein die West-Mark.

Die Regierung des Hans Modrow (PDS) hatte der Interhotel-Kette kurz vor dem endgültigen Ende der Genssen-Herrschaft noch schnell die Pfründe gesichert: Am 13. Februar erteilte ihr der Ministerrat die Konzession für alle künftigen

Spielbanken auf dem Gebiet der jetzigen DDR - für 25 Jahre. "Ohne unsere Zustimmung", freut sich Bringer, nunmehr Direktor der neugegründeten "Casino Berlin GmbH", "kann niemand in der DDR eine Spielbank eröffnen."

Bereits im November 1989 hatte Bringer den Auftrag erhalten, mit möglichen Partnern "Sondierungsgespräche zu führen". Die Goldgräber-Stimmung in Deutschland-Ost und die Gewißheit, daß Spielbanken soviel wert sind wie das Recht zum Gelddrucken, lockten vor allem "Finanzhaie" (Bringer) an.

Unter den mehr als 20 Bewerbergruppen waren die meisten, erkannte Bringer rasch, "auf Dummenfang aus". Der Kasino-Chef: "Die wollten andere die Kasinos betreiben lassen und selber nur abkassieren, aber das können wir auch alleine."

Den Zuschlag erhielt die Westdeutsche Spielcasino Service GmbH in Münster. Dieses Unternehmen, eine Tochter der Westdeutschen Landesbank, betreibt bereits in Bremen und demnächst auch in Kassel Spielbanken; eine Schwestergesellschaft, die Westdeutsche Spielbanken GmbH & Co. KG, hat die Lizenz für alle drei Kasinos in Nordrhein-Westfalen. An dem neuen Gemeinschaftsunternehmen, der "Neuen Deutschen Spielcasino GmbH", sind die DDR-Hoteliers mit 51 Prozent, der West-Partner mit 49 Prozent beteiligt.

Die Wahl der DDR fiel auf die Münsteraner Spielbanker, weil deren Muttergesellschaft der DDR weiterreichende Entwicklungshilfe leisten kann: Als das Valuta-Reich des SED-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski zusammenbrach, stockten auch die Arbeiten am "Haus der Unterhaltung und Ga-